

Dalits fordern Stellenreservierungen in privaten Ausbildungs- und Wirtschaftssektoren

Am 8./9. August 2005 fand in Neu Delhi eine nationale Konferenz über die Reservierung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Dalits in der Privatwirtschaft statt. Die Nichtregierungsorganisation National Campaign on Dalit Human Rights hatte zusammen mit 19 weiteren indischen NGOs zu der Konferenz eingeladen. Über 1500 Teilnehmer - Politiker, Unternehmer, Sozialarbeiter, Aktivisten und Journalisten waren der Einladung gefolgt. Auch der Projektleiter von CDS, Manoj Macwan, nahm an dem Kongress teil. Die Veranstaltung unter der Schirmherrschaft von Herrn Prof. S.K. Thorat, Direktor des Instituts für Dalitstudien in Neu Delhi, diente vor allem zum gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch der TeilnehmerInnen zu diesem aktuellen Thema.

Seit Beginn der 1950er gibt es in Indien ein gesetzlich festgeschriebenes Quotensystem. So stehen den Dalits und Stammesangehörigen (Schedules Castes und Schedules Tribes) 22,5 % der Sitze im Parlament, der Stellen im öffentlichen Dienst und Plätze an staatlichen Hochschulen zu. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Aufstiegschancen der benachteiligten Bevölkerung zu verbessern, ihre Rechte an gesellschaftlicher Teilhabe zu stärken und somit langfristig die Diskriminierung zu bekämpfen.

Jedoch werden im Zuge der Liberalisierung viele Unternehmen und Hochschulen privatisiert. Die privaten Unternehmer sind an keine Quotenregelung bei der Rekrutierung von Personal sowie Auszubildenden gebunden. Folglich stehen den Dalits zunehmend weniger garantierte Stellen in höheren Ämtern zu. Aufgrund ihrer Herkunft sind die Dalits in ihren Leistungen und Fähigkeiten der höherkastigen Bevölkerung oft bei Einstellungstests unterlegen.

Angesichts dieser Notwendigkeit von Quoten auch in der Privatwirtschaft, fordert der Kongress in seiner Abschlusserklärung eine Ausdehnung der staatlichen Stellenreservierungspolitik auf die Bereiche des privaten Arbeits-, Kapital-, Güter-, Immobilien- und Ausbildungsmarkts. Besonders die hohen Gebühren der privaten Universitäten hindern die benachteiligten Bevölkerungsgruppen an der Aufnahme eines Studiums. Folglich wird auch eine finanzielle Unterstützung der Dalit-Studierenden gefordert. Gleichzeitig sollen Anti-Diskriminierungsgesetze für die einzelnen Wirtschaftssektoren verabschiedet sowie Mechanismen zur Überwachung der Einhaltung der Quoten eingerichtet werden. Neben den nationalen Unternehmen ist man bestrebt, auch multinationale Unternehmen zu bewegen, auf den indienspezifischen Kontext des Kastensystems Rücksicht zu nehmen.

08./09. August 2005